

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Gernspracher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 30 Montag, den 6. Februar 1933 Jahrgang 105

Verordnung über Presse- u. Versammlungsrecht

Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit als Handhabe zur unge störten Durchführung der Aufbauarbeiten des Reichskabinetts

U. Berlin, 6. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Bei ihrem Amtsantritt hatte die Reichsregierung vor der Presse die Hoffnung und den Wunsch zum Ausdruck gebracht, es möge ihr kein Anlaß geboten werden, frühere Beschränkungen des Versammlungs- und Presse-rechtes wieder aufleben zu lassen. Allerdings wurde gleichzeitig die Mahnung ausgesprochen, alles zu vermeiden, was Beunruhigung in das Volk tragen und die öffentliche Sicherheit gefährden könne. Diese Mahnung ist nicht befolgt worden. Vor allem in der Presse sind in den letzten Tagen unerhörte Beschimpfungen und Beleidigungen erlitten worden, die eine Reichsregierung, die auf Autorität hält, sich nicht gefallen lassen kann. Ferner hat ein Teil der Presse ganz offensichtlich, um Beunruhigung zu schaffen und das Vertrauen zu der Regierung zu erschüttern, Gerüchte über angebliche wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen der Regierung verbreitet, die keinerlei Unterlage besäßen.

Die Reichsregierung hat sich daher veranlaßt gesehen, dem Herrn Reichspräsidenten eine Verordnung vorzuschlagen, die Beschränkungen des Versammlungs- und Presse-rechtes enthält, wie sie zum Teil auch früher bestanden. Diese Verordnung gibt der Reichsregierung nunmehr die absolute Handhabe, ihre Autorität wirksam zu wahren und ihre Aufbauarbeiten ungehindert durchzuführen. Somit dient sie dem Schutze des deutschen Volkes.

ihnen bestimmten Stellen. Der Reichsminister des Innern kann die obersten Landesbehörden um das Verbot einer periodischen Druckschrift ersuchen. Im Weiterungsfalle wird der Senat des Reichsgerichts entscheiden. Durchführungsbestimmungen und Richtlinien für die Handhabung der Vorschriften erläßt der Reichsinnenminister. Den Kreis der Vönderbeamten im Sinne der Verordnung sollen bei den Reichsbeamten der Reichsinnenminister, bei den Landesbeamten die Vönderregierungen bestimmen.

Die neue Notverordnung von Hindenburg unterzeichnet. Wie der „Montag“ berichtet, hat der Reichspräsident die „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“ bereits unterschrieben. Aus dem Inhalt der Verordnung berichtet das Blatt noch ergänzend, daß bei periodischen Druckschriften die Verbotsdauer bis zu einem Jahr erfolgen könne. Außerdem enthalte die Verordnung auch Bestimmungen über die Sammlung von Geldern für politische Zwecke.

Eine Warnung der deutschen Presse.

Der Reichsausschuß des Reichsverbandes der deutschen Presse hat am Sonntag dem Reichspräsidenten eine Entschlie-
fung übermittelt, in der es u. a. heißt: Mit starkem Befremden hat der Reichsausschuß davon Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung Ihnen, Herr Reichspräsident, eine neue Verordnung vorschlägt, die die frühere Anhebung der Pressefreiheit wiederherstellen und anscheinend noch verschärfen will. Der Reichsverband der deutschen Presse erhebt seine warnende Stimme gegen einen solchen Versuch, der der Presse die Erfüllung ihrer im Staatsinteresse liegenden Aufgaben der Mitwirkung an der Bildung der öffentlichen Meinung unmöglich machen und nach allen Erfahrungen der letzten Jahre sein Ziel völlig verfehlen würde.

Reichskanzler Hitler verzichtet auf Gehalt

Sein Wohnort bleibt München.

U. München, 6. Febr. Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit: „Reichskanzler Adolf Hitler traf am Sonntag bei Einbruch der Dunkelheit, von Berlin im Flugzeug kommend, in München ein. Der Besuch des Führers dient zunächst privaten Zwecken, dann aber auch der Vorbereitung der Reichstagswahl. Wie bekannt, verbleibt die Leitung der nationalsozialistischen Bewegung auch für die Zukunft in München. Adolf Hitler, der auch persönlich außerordentlich an München hängt, behält hier seine eigentliche Wohnung. Der Führer bezieht im übrigen als Reichskanzler kein Gehalt. Er hat, da er sich als Schriftsteller sein Einkommen selbst verdient, auf seine Bezüge als Reichskanzler verzichtet geleistet.“

Neue Rundfunkrede des Reichskanzlers?

Wie der „Angriff“ meldet, wird Reichskanzler Hitler voraussichtlich am Freitag, den 10. Februar, abends im Berliner Sportpalast eine Rede halten, die auf alle deutschen Sender übertragen werden wird. — Der Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk, den Adolf Hitler durch den Rundfunk kürzlich bekannt gegeben hat, wird ansangs dieser Woche im ganzen Reiche plakatiert werden.

Diese Verordnung, die dem Herrn Reichspräsidenten zur Unterschrift vorliegt, wird heute veröffentlicht werden.

Ueber den Inhalt der Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes erfährt die nationalsozialistische Parteikorrespondenz folgendes: Die Verordnung enthält zunächst die Bestimmungen über die Möglichkeit des Verbots von politischen Versammlungen, die in einzelnen Fällen gegeben werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Die Möglichkeit der Auflösung von politischen Versammlungen, wenn zum Ungehorsam gegen die Gesetze angereizt wird usw., Verbote von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit dürfen nur bestimmt abgegrenzte Ortsteile und nur in einzelnen Fällen, nicht allgemein, ausgesprochen werden.

Die Bestimmungen für die Presse enthalten u. a. folgende Grundzüge: Druckschriften, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Der Staatsanwalt soll in bestimmten Fällen gegen den Beschluß der Gerichte, wenn sie die vorläufige Beschlagnahme aufheben, die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung behandeln. Verbotsgründe sind Verrat militärischer Geheimnisse, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, Aufforderung zur Gewalttätigkeit, Aufforderung zum Generalfreieit, Verbreitung unrichtiger Nachrichten. Die Verbotsdauer ist bei Tageszeitungen auf 4 Wochen, in anderen Fällen auf 6 Monate beschränkt. Bei wiederholten Fällen bestehen Verbotsmöglichkeiten auch bei Tageszeitungen bis zu 6 Monaten.

Zuständig sind die obersten Landesbehörden, oder die von

Das Staatsbegräbnis in Berlin

Unter ungeheurer Beteiligung der Berliner Bevölkerung ging am Sonntagmittag das Staatsbegräbnis der beiden Opfer der historischen Nacht des Fackelzuges für die neue Reichsregierung vor sich. Der Dom war je zur Hälfte für die Angehörigen der Schutzpolizei und der NSDAP. freigegeben. Am Hochaltar standen die beiden Särge mit den Leichen des Schutzpolizeioberwachmeisters Jauritz und des Sturmführers Maikowski. Abordnungen der Schutzpolizei, sämtlicher nationalsozialistischer Organisationen und des Stahlhelm legten zahlreiche Kränze und Blumengewinde zu Füßen des Hochaltars nieder. Der ehemalige Kronprinz erschien und schmückte beide Särge mit einem Kranz. Reichskanzler Hitler in seiner Eigenschaft als Parteiführer betrat den Dom in einfacher SA-Uniform in Begleitung Overings, der ebenfalls die braune Uniform trug, sowie der obersten Führer der SA. Der Geistliche gedachte der Opfer der beiden Getöteten, die im Dienst an Volk und Staat den Tod fanden.

Durch ein Spalier von Uniformierten wurden die beiden Särge aus dem Dom getragen. Während die Hände der Massen sich zum Himmel streckten und die Köpfe entblößt wurden, setzte sich der Trauerzug in Bewegung, gefolgt von einem stundenlangen Gefolge von Braunfemden und Stahlhelmen. In allen Straßen, durch die der Trauerzug seinen Weg nahm, stand ein dichtes Spalier von Menschen, stundenlang, trotz Regens. Schätzungsweise waren eine Million Menschen un-

terwegs, um Augenzeuge dieser gewaltigen Trauerfeier zu sein.

Breußenlandtag lehnt Auflösung ab

U. Berlin, 6. Febr. Der Preussische Landtag lehnte am Samstag nachmittag den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Landtages mit 214 Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Staatspartei und der Kommunisten gegen 196 Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der DVP, der Christlich-Sozialen und des Deutsch-Hannoveraners ab. Für die Annahme des Antrages wären 212 Stimmen erforderlich gewesen.

Eine zweite Möglichkeit, durch Eintritt des Vizekanzlers und Reichskommissars für Preußen, v. Pape, in das Dreimännerkollegium, eine Auflösung des Preußenlandtags herbeizuführen, ist von der preussischen Regierung Braun als verfassungswidrig abgelehnt worden. Trotzdem darf sicherem Vernehmen nach kaum noch bezweifelt werden, daß die Auflösung auf anderem Wege vorgenommen wird. Die Entscheidung hierüber ist für heute zu erwarten.

Sämtliche kommunale Körperschaften in Preußen aufgelöst

Die kommissarische preussische Regierung hat durch Verordnung sämtliche kommunale Vertretungskörperschaften aufgelöst. Die Neuwahlen finden am 12. März 1933 statt.

Tages-Spiegel

Der Reichspräsident hat eine Verordnung unterzeichnet, durch die die seinerzeit von Schleicher aufgehobene Verordnung über die Beschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit in verschärfter Weise wiederhergestellt wird.

Reichskanzler Hitler hat sich gestern abend nach München begeben. Der Kanzler hat, wie parteiamtlich verlautet, auf sein Amtsgeld verzichtet.

Die Deutschnationalen, die Volkspartei, das Zentrum und die Parteien der Mitte hielten in Berlin Beratungen zur Eröffnung des Wahlkampfes ab.

In Stahfurt hat ein 17jähriger Gymnasiast den der SPD. angehörenden Bürgermeister, weil er einen Nationalsozialisten hatte festnehmen lassen, erschossen. Bei politischen Zusammenstößen im Reich fanden gestern wiederum drei Menschen, darunter eine Frau, den Tod.

Die kommissarische Regierung für Preußen hat sämtliche kommunalen Vertretungskörper aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben.

Im früheren Kampfgebiet bei der Loretto-Höhe nördlich von Arras wurden im Monat Januar die Leichen von 245 Soldaten, und zwar 179 deutschen und 66 französischen, aufgefunden.

In Niederländisch-Indien haben eingeborene Matrosen einen holländischen Kreuzer entführt.

Der Aufmarsch der Parteien zum Wahlkampf

Die Deutschnationalen zur Lage

Auf der Berliner Tagung des Reichsfrauenausschusses und des Völkischen Ausschusses der DVP. am Sonntag sprach der stellvertretende Parteivorsitzende Dr. von Winterfeld über die politische Lage. Wir hoffen, so sagte er, daß die Nationalsozialisten ehrliche Spieler sein werden, daß immer mehr das Sozialistische verwinden möge im Gedankengut der Nationalsozialisten und das Nationale immer mehr hervortritt, daß wir uns allmählich zusammenfinden im Nationalen. Im bevorstehenden Wahlkampf werden wir zeigen, daß wir fest stehen zu unseren Idealen, zum deutschnationalen Gedankengut. Wir wissen, daß die Nationalsozialisten allein es nicht machen können. Es kann nur gut gehen, wenn sie mit uns zusammenstehen. Man sage: Mehr Recht dem Reichspräsidenten, wir sagen darüber hinaus: Der Reichspräsident stirbt, aber der König stirbt nicht. Deshalb bleibt unser Endziel die preussisch-deutsche-hohenzollernsche Monarchie. Sie nur wird uns wieder hinaufführen zu Glanz, zu Freiheit und zu Ehre.

Die Stellung der Volkspartei.

Auf der Berliner Tagung des Reichsausschusses der DVP. am Sonntag erklärte der Parteiführer Dingeldey, die Volkspartei werde als nationale Partei der neuen Regierung nicht mit grundsätzlicher Opposition begegnen, sondern sie werde ihre Haltung von den Taten des Kabinetts abhängig machen. Vor allem werde sich ihre Sachjamkeit den wirtschaftlichen und sozialen Fragen zuwenden. Ein einseitiger Agrarkurs auf Kosten der breitesten Volksschichten würde ebensowenig erträglich sein wie eine Politik der Experimente zu Lasten der Sparer und des Mittelstandes.

Das Zentrum kampfbereit.

Der Reichsparteiausschuß des Zentrums trat am Sonntag im Reichstag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Der Vorsitzende der Partei, Prälat Dr. Kaas, hielt eine Rede über die Regierungsbildung und den Weg des Zentrums. Er stellte fest, daß man das Zentrum von der verantwortlichen Mitarbeit ausschließen wollte, und daß dieses den Handstreich aufnehme. Das Zentrum erwidere nach wie vor die Sammlung der ganzen Nation zu einer allgemeinen deutschen Not- und Schicksalsgemeinschaft oder, wie es in der dann einstimmig angenommenen Entschliebung heißt: „Aufbau der Nation aus den Grundkräften einer geistigen und politischen Mitte, die eintr, versöhnt und zusammenfaßt.“ — Der Bundesauschuß der Bayerischen Volkspartei hat in München erneut gegen die von der Reichsregierung gegebene Begründung zur Reichstagsauflösung protestiert. In Berlin hatte gestern Vizekanzler von Pape eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der DVP., Staatsrat Schäffer, über deren Ergebnis von beiden Seiten nichts mitgeteilt worden sei. Offensichtlich hat der Vertreter der DVP. Erkundigungen über die Absichten der Reichsregierung in staatsrechtlicher Hinsicht eingezogen.

Den Reichstagsneuwahlen entgegen

In einem „Schließt die Front“ überschriebenen Artikel beschäftigt sich die „Kreuzzeitung“ mit den kommenden Wahlen. Dabei tritt sie für die Bildung einer einheitlichen „Nationalen Liste“ für die Wahlen ein. Nur wenn eine solche einheitliche Liste des Regierungsblochs, der alle Gruppen umfaßt, die die neue Regierung in ihrer Arbeit unterstützen wollen, dem Wähler vorgelegt werde, könne erwartet werden, daß der gewaltige Aufschwung, den die Bildung der „Regierung des nationalen Zusammenschlusses“ darstelle, gefolgt werde von der ebenso gewaltigen Erhebung der nationalen Kräfte des deutschen Volkes in einem überwältigenden Wahlsieg vom 5. März.

Der Deutsche Nationalverein nimmt in einem Aufruf zur politischen Lage Stellung und fordert die Zusammenfassung einer geschlossenen Front aller völkisch-bürgerlichen Gruppen. Es heißt in diesem Aufruf: „Die Verschärfung der Gegensätze zwischen rechts und links bedroht Reich und Volk mit schwersten Gefahren. Alle Entscheidungen der letzten Zeit und alle diese Regierungsbildungen haben sich im Zwielicht der Unverantwortlichkeit abgespielt. Große staatsbefahende Teile des deutschen Volkes sind dabei vollkommen ausgeschaltet worden. Nur eins ist sicher, die Kosten fallen auf sie. Unser Staatsgefüge, die Grundlagen der Wirtschaft und Kultur, der soziale Gedanke sind bedroht. Es gilt, die Volksgemeinschaft gegen Reaktion und Revolution zu verteidigen. An Stelle des bisherigen Nebeneinander und Gegeneinander der einzelnen Gruppen muß daher endlich der geschlossene Aufmarsch der Front der Mitte treten. Der Deutsche Nationalverein hat sich an die Führer aller dieser Gruppen gewandt, um sie für ein gemeinsames Vorgehen bei den kommenden Wahlen zu bestimmen.“

Im Reichstag fand zwischen Vertretern der Deutschen Volkspartei und des Christlich-Sozialen Volksdienstes, deren Gruppen im bisherigen Reichstag bekanntlich zu der Fraktion der Technischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen waren, eine gemeinsame Besprechung über das Vorgehen der Parteien im bevorstehenden Wahlkampf statt. Sowohl die Deutsche Volkspartei als auch der Volksdienst werden eigene Wahlvorschläge einreichen, dagegen ist beabsichtigt, um technische Stimmenverluste nach Möglichkeit zu vermeiden, Listenverbindungen einzugehen.

Der Vorstand der SPD. veröffentlicht den Aufruf für die kommende Reichstagswahl. Der Aufruf macht der Regierung den Vorwurf, daß ihr Wahlausruf keinen einzigen klaren Gedanken enthalte, aber von „Verunglimpfung aller politisch Andersdenkenden“ geradezu strohe, polemisiert dann sehr ausführlich gegen die einzelnen Persönlichkeiten der Regierung und wendet sich vor allem gegen die Neuherung „Novemberverbrechen“. Daß wir die Republik schufen, so heißt es dann weiter, allen Staatsbürgern, Männern und Frauen, gleiche Rechte gaben, das allgemeine gleiche Wahlrecht für Staat und Gemeinden einführten, die Sozialversicherung verbesserten, die Arbeitslosenversicherung durchsetzten, den Arbeitslohn tariflich gegen Unternehmerdruck sicherten, daß wir den Beamten das Koalitionsrecht gaben, die Mieter gegen die Hausbesitzer schützten, daß wir den Achtstundentag proklamierten, selbst diesen schufen, Arbeiterwohnstätten errichteten, mit Licht und Luft und Grünflächen und Spielplätzen — das ist unser Novemberverbrechen! Und das ist das Novemberverbrechen, das wieder rückgängig gemacht werden soll! Dafür wollen sie die Mehrheit! Wegen solche Pläne rufen wir Euch zum Kampf! Kämpft mit uns für die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Aufteilung des Landes an Bauern und Landarbeiter! Kämpft mit uns für die Enteignung der Schwerindustrie, für den Aufbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft! Der Aufruf schließt mit den Worten: Freiheitsfront gegen Harzburger Front! Greift an!

Jakob Voggtreuter

Roman aus den bayerischen Bergen von Hans Ernst
Urheberschutz: Herold-Verlag, Homburg (Saar)

82 (Nachdruck verboten).

Jack runzelte die Stirne: „Hast du net versprochen, mit mir in den Wald zu geh'n?“

„Ach, immer dein Wald!“ schmolte Hedwig. „Ich glaub, dein Wald ist dir mehr wert als deine Frau.“

„Wenn du unsern Bergwald so kennen würdest wie ich, läßt sich auch anders red'n. Aber ich will dich net zwing'n, Hedwig, wenn du ausruhen willst, so schlaf halt, ich geh dann allein.“

Jack griff nach Stock und Hut und wollte zur Türe. Da stand sie vor ihm und versperrte den Weg.

„Du darfst nicht allein fort, ich laß dich nicht!“ Wild schlang sie ihre Arme um seinen Hals.

„So geh halt mit!“

„Wenn du mir versprichst, recht lieb zu sein, geh ich mit. Kisse mich, Liebster.“

Hedwig holte ihren Sommerhut und einen Stock, dann schritten sie Arm in Arm über die Wiesen dem Walde zu.

Nach einer Weile frug Hedwig plötzlich:

„Wohin gehen wir eigentlich?“

„Nur spazier'n! Oder hättest du ein besonderes Ziel?“

„Ich möchte gerne einmal auf eine Alm.“

„Warst du denn noch nie auf einer solchen?“ frug Jack lauernd.

„Doch, einmal; aber nur flüchtig. Ich hatte mich verirrt und da kam ich unverhofft auf eine Almhütte.“

„Auf was für eine?“

„Ich weiß nicht mehr, der Name ist mir entfallen.“

Jack, der sofort merkte, auf was seine Frau hingelste, sagte:

Die Reichsregierung gegen falsche Gerüchte

Rein Gesamtministerium für die Landwirtschaft
Zu Berlin, 5. Febr. In einer Reihe von Zeitungen sind Meldungen über ein beabsichtigtes Gesamtministerium für die Landwirtschaft verbreitet. Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß alle diese Nachrichten, die anscheinend von übelwollender Seite verbreitet würden, unrichtig seien. Alle diese Dinge befänden sich noch im Zustand der Erwägung.

Keine Reichskommissare in Ländern mit geschäftsführenden Regierungen
In der Presse wird behauptet, die Reichsregierung erwäge die Einsetzung von Reichskommissaren in Ländern mit geschäftsführenden Regierungen. Von Seiten der Reichsregierung wird Wert darauf gelegt, festzustellen, daß die Einsetzung derartiger Reichskommissare nicht beabsichtigt sei.

Falsche Gerüchte über Rückkehr des Kaisers
Englische Blätter haben über angebliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Reichskabinetts in Bezug auf eine Heimkehr des deutschen Kaisers nach Deutschland berichtet. U. a. soll Reichskanzler Hitler dem von Eugenberg vorgeschlagenen Plan einer Wiedereinsetzung des Kaisers zugestimmt haben. Alle diese Meldungen werden von zuständiger Stelle als grober Unfug bezeichnet.

Abwartende Haltung der Deutschen Volkspartei

— Darmstadt, 5. Febr. Mit auffallender Schärfe nimmt der „Hessische Beobachter“, das offiziöse Wochenblatt der Deutschen Volkspartei in Hessen, in einem Artikel des Generalsekretärs Welkow zu den Vorgängen im Reich Stellung. Man sei gegenüber der von der Volkspartei seit Jahren geforderten Berufung Hitlers zum Reichskanzler nicht ablehnend, aber sowohl nach der sachlichen wie nach der personellen Seite hin skeptisch. Zu der Frage des „Vierjahresplans“ sagt der gleiche Artikel, die neue Regierung mache es nicht billig, und Herr von Papen müßte eigentlich seinen „Chef“ Adolf Hitler fragen, warum man ihn nicht einmal vier Monate, Herrn von Schleicher nicht einmal vier Wochen ruhig arbeiten ließ. Vier Jahre seien eine lange Zeit, und die Arbeitslosen, die an den Schalttern der Arbeitsämter bereits in den nächsten Wochen eine höhere Unterstützung erwarten, die Bauern, die in spätestens 4 Jahren, nach Einbringung ihrer Ernte, schon einen höheren Preis erhofften, würden nicht bereit sein, vier Jahre zu warten. In der Regierungserklärung sei wohl die Rede von Arbeitern und Bauern, denen man helfen wolle, wo aber blieben der gewerbliche Mittelstand, der Hausbesitz, die Angestelltenschaft, die Beamten? Sollten sie nur wieder die Steuern aufbringen, die zur Disposition für die anderen dienen sollen? Dem Mittelstand helfe nicht, wenn Herr Eugenberg in Kontingenten und Herr Hitler in Autarkie mache. Warum hörte man nichts von Steuerentlastung?

Politische Kurzmeldungen

Der Einnahmehöhenvergleich der Reichsbahn für 1932 beträgt bei den Gesamteinnahmen gegenüber 1931 95,9 Millionen RM., gleich 24,9 Prozent, und gegenüber 1929 246,1 Millionen RM., gleich 46 Prozent. — Reichskanzler Adolf Hitler nahm, dem „Völkischen Beobachter“ zufolge, Gelegenheit, auf Einladung des Reichswehrministers vor einem größeren Kreise höherer Reichswehroffiziere über die Ziele seiner Politik zu sprechen. — Bei Zusammenstößen zwischen Anhängern der SPD. und NSDAP. in Berlin sind drei Kommunisten durch Schüsse schwer verletzt worden. Zwei von ihnen sind gestorben. — Auf Grund der Verhaftung des Führers der Lübecker Sozialdemokratie, Dr. Leber, die im Zusammenhang mit der Ermordung eines Nationalsozialisten erfolgte, führte die Lübecker Arbeiterchaft einen einständigen Proteststreik durch. — Der ehemalige Abt von Emaus-Prag, Alban Schachleiter D.S.B., hatte im „Völkischen Beobachter“

einen Artikel veröffentlicht, in dem er sich gegen Ausführungen wendet, die der Bischof von Linz gegen den Nationalsozialismus gemacht hat. Das erzbischöfliche Ordinariat München hat daraufhin ein Disziplinarverfahren eingeleitet. — Der Berliner SM.-Führer Graf Helldorf soll zum Polizeipräsidenten von Berlin an Stelle von Dr. Meißner ernannt werden. Helldorf ist bereits im Polizeipräsidentium tätig. — Anlässlich des Wechsels der Reichsregierung hat der Vorsitzende des Kfz-Händlerverbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen sich an den Reichskanzler und Reichsarbeitsminister gewandt und ihnen die besondere Fürsorge für die Kriegsoffer dringlich ans Herz gelegt. Die vordringliche Forderung des Verbandes sei, diejenigen Maßnahmen der Notverordnungen unverzüglich zu beseitigen, die von den Kriegsoffizieren als Ungerechtigkeiten empfunden werden müssen. — Der Reichsrat nahm eine Verordnung über Änderungen der Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs an. Danach fällt die bisherige Unterscheidung der Führerscheine Klasse 3 A und 3 B in Zukunft weg, und es wird eine neue Klasse für Kleinwagen mit Verbrennungsmotoren bis zu 400 Kubikzentimeter geschaffen, die „Klasse 4“ genannt wird. Sie soll in mehrfacher Beziehung eine verkehrspolizeiliche Erleichterung erfahren. — Die Linksparteien und die bürgerliche Mitte hatten in der Gemeinde Bödingfeld im lipptischen Norden ein Volksbegehren auf Auflösung der Gemeindevertretung, die in der Hauptsache aus Nationalsozialisten zusammengesetzt ist, eingebracht. Für das Volksbegehren waren 436 Unterschriften erforderlich. Abgegeben wurden 460 Unterschriften, jedoch stellte sich heraus, daß 72 Unterschriften ungültig waren. Infolge davon ist das Volksbegehren gescheitert. — Die deutsche Minderheit in Polen hat dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Dringlichkeitsbeschwerde eingereicht, die sich gegen die Entziehung der Lehrerlaubnis von 10 deutschen Schullektern in Posen und Pommern richtet. — Ein Gesetzentwurf des lettischen Unterrichtsministers, der eine Lettifizierung der Minderheiten-Mittelschulen bezweckte, wurde vom Parlament abgelehnt. Daraufhin ist das gesamte Kabinett Stenjefels zurückgetreten. — Die Lage im irischen Eisenbahnerstreik hat sich außerordentlich verschärft. Militärabteilungen sind aufgebildet worden, die Verkehrsleitungen zu schützen und weiteren Sabotageakten vorzubeugen haben. — Die Belagerer Blätter verzeichnen mit großer Befriedigung die Neuherung Perriots, daß Frankreich Südslawien nicht fallen lassen wolle. Das sei auch der tiefere Grund, weshalb die französischen Annäherungsbestrebungen in Rom nunmehr gescheitert seien. — Der Völkerbundsrat hat den Direktor der Minderheitenabteilung, den Spanier Askrate, ab 1. Juli zum stellvertretenden Generalsekretär des Völkerbundes ernannt. — Der englische Handelsminister Runciman richtete in einer Rede in St. Jves einen scharfen Angriff gegen das deutsche System der Einfuhrkontingente. Er sagte u. a.: Wir sind große Konkurrenten, aber wir sind nicht neidisch auf die deutschen Märkte. Alles, was wir verlangen, ist ein fair play in Deutschland, wie wir dem Deutschen ein fair play in England geben wollen. — Die rumänische Regierung hat vom Parlament die Ermächtigung erhalten, jederzeit mit sofortiger Wirkung den Belagerungszustand zu verhängen. Man rechnet damit, daß die Regierung von dieser Ermächtigung sehr bald Gebrauch machen wird, da es im Lande zu Streikunruhen infolge von Lohnkürzungen gekommen ist. — Japan will in Genf eine Behandlung der mandchurischen Frage in direkten Verhandlungen zwischen Japan und China unter Vermittlung des Völkerbundes vorschlagen, wobei aber jede Andeutung eines japanischen Verzichtens und jeder Hinweis auf die Nichtanerkennung Manchuos als Zwang zum Austritt aus dem Völkerbund aufgefaßt werden soll.

Marktanzeigen

wolle man heute noch bei uns aufgeben!

„War's net die Bernhuberalin am schwarzen See?“
Hedwig warf einen prüfenden Blick in das Gesicht ihres Mannes, der anscheinend gleichgültig zu den Wipfeln der Tannen emporschaute.

Ueberraschung heuchelnd sagte sie:
„Ich glaube, so hieß sie. Das Mädchen, das mir damals den Weg zeigte, war mir sehr sympathisch und ich möchte mich nun heute nachträglich für ihre Gastfreundschaft bedanken.“

„Ja, ja!“ seufzte Jack, „die Sennerinnen sind alle nett.“
„Wie meinst du das?“
„Ich mein, daß den Sennerinnen eahna Gastfreundschaft schon angeboren is.“
Schweigend schritten sie weiter, bis sie vor der Sennhütte standen.

Hedwig war nicht wenig enttäuscht, als ihr eine völlig Fremde entgegen trat.

Schade, sie hätte sich zu gerne an der Verlegenheit ihres Mannes und der anderen geweidet. Wo mag die andere hingekommen sein? Während sie die Sennerin über Verschiedenes, hauptsächlich nach dem jetzigen Aufenthalt ihrer Vorgängerin fragte, gedachte Jack mit Behmut der schönen Stunden in dieser Hütte.

Wie seltsam und enttäuschend das Leben doch ist. Die besten Wünsche und die schönsten Träume zerrinnen in ein klägliches Nichts, werden erstickt und erwürgt von rauher Menschenhand durch die Gewalt des Schicksals.

Hätte Jack jemand vor einem halben Jahr gesagt, daß er einmal an der Seite einer andern Frau zur Bernhuberalin steigen würde, so hätte er ihn ausgelacht, trotzdem er schon damals in Penedels Händen sich befand.

Die trauten Wege, die er früher voll jauchzenden Blicks geföhls gegangen, war er heute still und verschlossen neben Hedwig gewandert. Und dies alles nur, weil Julia ihn im selben Augenblick schmählich gelassen hatte, da er ihr am meisten bedurft hätte.

Es war doch schwerer dieses Entfagen, als er geglaubt hatte.

„Wollen wir wieder geh'n, Liebster?“ Lang eine Stimme neben ihm.

Jack nickte stumm.

Am Abend desselben Tages wollte Jack noch ins Dorf hinuntergehen.

„Ich komme mit“, erklärte sie.

„Aber, Hedwig, das geht doch net!“

In ihren Augen flammte es trotzig auf. „Warum nicht?“

„Frauen geh'n bei uns net ins Wirtshaus“, erklärte er ruhig.

Hedwig wollte dies nicht einsehen. Erst als der alte Voggtreuter auch seinem Sohn bestimmte, gab sie sich zufrieden. Sie begleitete Jack durch den Obstgarten und nötigte ihn das Versprechen ab, nicht länger als zwei Stunden fortzubleiben.

„Weißt du, schöne Männer soll man nie allein ausgehen lassen.“

Jack lachte: „Bist du eifersüchtig?“

„Ja, ich bin es“, erwiderte Hedwig und hing sich an seinen Hals.

Er nahm ihren Kopf in die Hände und schaute ihr tief in die Augen.

„Da hast keinen Grund dazua, ich bin dir treu.“

Endlich machte er sich aus ihrer Umarmung los und schritt dem Dorfe zu.

Hedwig schaute ihm nach und ein verklärtes Lächeln lag um ihren Mund, sie liebte den schönen schlanken Mann doch auf ihre Art.

Beim Betreten des Dorfes trat eine kleine etwas vornübergegeneigte Mannsperson Jack mit hämischem Grinsen in den Weg. Er zuckte zusammen. Obwohl Jack gegen den alten Buchberger nichts hatte, war ihm diese Begegnung gerade nicht angenehm. Aber sie waren doch einst Freunde gewesen und dessen gedenkend, grüßte er ihn.

Des Alten graue Augen schossen Blitze.

„Schuft!“ brüllte er und stochte ihm ins Gesicht.

Jack holte mit der Faust aus, ließ sie aber wieder sinken, als er sah, daß Buchberger nicht einen Schritt wich, sondern ihn fest ansah.

(Fortsetzung folgt)

Opfer politischer Zusammenstöße

Zwischen N.-Leuten und Kommunisten kam es in Fürth (Bayern) vor einem kommunistischen Verkehrslokal zu einem Zusammenstoß, bei dem auf beiden Seiten mehrere Schüsse abgegeben wurden. Die einschreitende Schutzmannschaft, auf die beim Eindringen in das Lokal geschossen wurde, machte von der Schußwaffe Gebrauch. In das Krankenhaus wurden 8 Verletzte eingeliefert, davon sind 6 Kommunisten, 1 Sozialdemokrat und 1 Nationalsozialist. — In Düsseldorf wurden bei Schlägereien zwischen politischen Gegnern zwei Kommunisten lebensgefährlich und ein Nationalsozialist leicht verletzt. — Wie aus Dortmund berichtet wird, kam es in Sünner-Brambauer zu einem schweren politischen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Die Streitenden schlugen mit Stöcken, Zaunlaten und anderen Gegenständen aufeinander ein, worauf sich ein regelrechtes Feuergefecht entwickelte. Vier Reichsbannerleute wurden schwer verletzt, während auf nationalsozialistischer Seite eine Person lebensgefährlich und zwei schwer verletzt wurden. Zahlreiche weitere Beteiligte trugen leichtere Verletzungen davon.

Kleine politische Nachrichten

Hausdurchsuchungen bei Kommunisten. Nach den Hausdurchsuchungen im Karl Liebknecht-Haus und anderen kommunistischen Lokalen Berlins wurden die Geschäftsräume der kommunistischen Partei in Kiel, Köln, Frankfurt am Main und Braunschweig sowie die Wohnungen von Funktionären und besonders rührigen Mitgliedern von Polizeibeamten durchsucht.

Entpolitisierung des österreichischen Bundesheeres. Wie verlautet, wird die österreichische Regierung zwei Gesetzesvorlagen einbringen. Durch die eine soll die Verfassung abgeändert und Angehörige des Bundesheeres im Präsenzdienst das ihnen bisher zugestandene aktive und passive Wahlrecht entzogen werden. Das zweite Gesetz will Heeresangehörigen verbieten, politische Versammlungen zu besuchen und politischen Vereinen anzugehören.

Der Zeitpunkt der Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz kann nach Ansicht der „Times“ erst entschieden werden, wenn die Schuldenverhandlungen erledigt seien oder doch so weit Fortschritte gemacht hätten, daß das Lausanner Reparationsabkommen durchgeführt werden könne. Es sei nach Ansicht der Regierung die unbedingt notwendige Voraussetzung für eine wirtschaftliche Wiederherholung der Welt.

Aus aller Welt

Entsammte Menschen.

Aus Heidelberg wird berichtet: Eine 21 Jahre alte Hausangestellte hat, nachdem sie in ihrem Zimmer einem Kind das Leben geschenkt hatte, dieses erwürgt und sich selbst durch Dösen der Pulsadern das Leben genommen. — Im Stadtteil Kirchheim war die 64jährige Witwe Johanna Braun seit etwa zwei Wochen nicht mehr gesehen worden. Gestern wurde ihre Wohnung polizeilich geöffnet und die Frau tot aufgefunden. Der Tod scheint vor etwa 10–11 Tagen auf natürliche Weise eingetreten zu sein.

Miesenfeuer in der Rhön

Der Rhön-Dri Hilders im Kreise Gerfeld wurde von einem Miesenfeuer heimgesucht. Nachts brach in dem Anwesen des Landwirts Winheim in der Kanalstraße ein Brand aus, der sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Obwohl etwa 300 Feuerwehrleute zur Stelle waren, griff das Feuer auf die Nebengebäude, Stallungen und Scheunen von 17 Anwesen in der Kanalstraße und in der Hauptstraße über, die völlig eingeeäschert wurden. Auch eine Anzahl der Wohngebäude wurde durch das Wasser schwer beschädigt. Zwei Wohnhäuser sind völlig unbrauchbar geworden.

Grubenunglück im Siegerland

Auf der Leiergrube Glanzenberg bei Silberg im Kreise Olpe entstand in einem Stollen ein Brand, durch den 21 Bergleute der Rückweg aus der Grube abgeschnitten wurde. Rettungsmannschaften bargen 17 Eingeschlossene. Das Unglück hat bis zur Stunde 3 Todesopfer gefordert. Von 4 Bergleuten, die noch abgeschnitten waren, wurden inzwischen 2 als Leichen geborgen, so daß sich die Zahl der Toten auf 5 erhöht. Nach Annahme der Grubverwaltung dürfte das Unglück darauf zurückzuführen sein, daß einer der Bergleute eine Karbidlampe an der Schachtzimmerung befestigt hat, so daß diese Feuer fing und dadurch den Brand verursachte.

Kraftwagen von Eisenbahnzug erfasst

Bei Breslau-Schmiedefeld ereignete sich ein schweres Kraftwagenunglück. Der Personenzug Glogau-Breslau erfasste auf der Kreuzung der Bahn mit der Fernverkehrsstrecke Breslau-Berlin einen Personenkraftwagen, der die geschlossene Schranke durchbrochen hatte. Der Wagen wurde etwa 60 Meter mitgeschleift und völlig zertrümmert. Von den Insassen wurden ein Herr und eine Dame getötet, zwei weitere Personen wurden schwer und eine Person leicht verletzt.

Schreckensnacht Schiffbrüchiger

An der schwedischen Küste strandete der Stockholmer Tankdampfer „Alas“, 7 Männer und 2 Frauen, die sich an Bord befanden, mußten auf dem Brack eine fürchterliche Nacht zubringen. Bug und Mittelschiff sackten ab und die Schiffbrüchigen wurden von den Wellen überspült. Das Feuer im Kessel war erloschen. An Deck wagte man kein Feuer anzuzünden, da auf der See eine dicke Schicht Benzin schwamm. Man hatte nämlich, um das Schiff zu erleichtern, die Tanks geöffnet, in denen sich 360 000 Liter Benzin befanden. Am Morgen glückte es schließlich einem Rettungsboot, die Schiffbrüchigen zu bergen. Zwei von ihnen mußten mit erfrorenen Gliedern ins Krankenhaus gebracht werden.

Württembergischer Landtag

Änderung der Geschäftsordnung

Der Landtag befaßte sich mit der Frage der Wiederin-Kraftsetzung des § 69 der Geschäftsordnung, wonach der Präsident ein Mitglied nach wiederholter Androhung von der Sitzung ausschließen und, wenn nötig, aus dem Sitzungssaal entfernen lassen kann, wenn es sich fortgesetzt gröbliche Verletzungen der Ordnung zuschulden kommen läßt. Der Abg. Vollmer (Komm.) wandte sich gegen jede Verschärfung der Geschäftsordnung. Der Abg. Dr. Pfannen-schwarz (Nat.Soz.) beantragte eine weitere Verschärfung des § 69 in dem Sinne, daß der Ausschluß von den Sitzungen bis zu 20 Sitzungstagen unter Entziehung der auf die betr. Sitzungstage entfallenden Aufwandsentschädigungen erfolgen kann. Man habe seinerzeit den § 69 gestrichen, um dem nat.soz. Landtagspräsidenten sein Amt zu erschweren. Wenn man auf der Ehre des Führers seiner Partei herumtrampelt, dann gebe es nichts anderes, als sich zu wehren. Der Abg. Keil (Soz.) äußerte sich dahin, man könne einem Präsidenten, bei dem man nach den bisherigen Erfahrungen eine unparteiische Amtsführung nicht erwarten könne, solche Vollmachten nicht geben. Präsident Mergenthaler erwiderte darauf, daß es ihm gleichgültig sei, ob die Kommunisten und der Abg. Keil Vertrauen zu ihm haben oder nicht. Der Abg. Dr. Maier (Dem.) empfahl dem Abg. Dr. Pfannen-schwarz mehr Hirnschmalz und weniger Armschmalz. Seine Partei sei bereit, dem Präsidenten noch größere Vollmacht zu geben, wenn sein Verhalten in der nächsten Zeit dies zulasse. Präsident Mergenthaler antwortete, er habe es nicht nötig, sich irgendwie zu bessern oder belehren zu lassen, er werde sein Amt in der bisherigen straffen und strammen Weise fortführen. Der Abg. Dr. Schott (Deutschnat.) sprach sich für Wiederherstellung des § 69 aus. Bei der Abstimmung wurde der nat.soz. Antrag mit 42 Nein gegen 24 Ja (Nat.Soz. und Christl. Volksdienst) bei 6 Enthaltungen abgelehnt, dagegen der Ausschlußantrag auf Wiederin-Kraftsetzung des § 69 mit 58 Ja gegen 18 Nein (Komm., Soz.) angenommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde von deutsch-nationaler und bauerbündlerischer Seite der Antrag gestellt, zunächst noch den vorliegenden Nachtragsetat zu beraten und dann den Landtag bis nach der Reichstagswahl zu vertagen. Die Abstimmung über den Nachtragsetat ergab die Ablehnung von Kapitel 84 (4 Millionen R.M. Einnahmen aus der Fleischsteuer) und die Ablehnung eines kommunistischen Antrags, von der Fa. Mauser in Oberndorf den Betrag von 344 000 R.M. zurückzufordern, mit 38 Nein gegen 5 Ja bei 22 Enthaltungen. Auch ein nationalsozialistischer Antrag, dem Finanzausschuß die Akten über die Verhandlungen mit der Fa. Mauser erneut vorzulegen, wurde abgelehnt. In der Schlußabstimmung wurde aber der ganze Nachtragsetat gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten und Stimmentweigerung der Sozialdemokraten knapp angenommen. In einer persönlichen Bemerkung erklärte dann noch der Abg. Dr. Pfannen-schwarz, der Abg. Dr. Maier möge seine Anpassungen wegen Hirnschmalz und Armschmalz bleiben lassen, wenn er nicht Wert darauf lege, in der einen oder der anderen Weise in dieser Beziehung mit ihm Bekanntschaft zu machen. Das gab Heiterkeit im Hause und unter ihrer Wirkung verließen die Abgeordneten den Halbmond-saal, um sich nun alsbald in den Wahlkampf zu stürzen. Nach den Reichstagswahlen tritt der Landtag zur Beratung des Etats für 1933 wieder zusammen.

Aus Stadt und Land

Calw, den 6. Februar 1933.

Kommunistische Kundgebung.

Die württembergische Zeitung der KPD, hatte für Samstag wiederum Kundgebungen in den größeren Städten des Landes angeordnet. An einigen Orten, z. B. in Neutlingen, beteiligte sich an den abgehaltenen Demonstrationen auch die „Eiserne Front“. An der größten dieser kommunistischen Kundgebungen in Stuttgart sollen etwa 5000 Personen teilgenommen haben. In unserer Stadt hingegen war die Beteiligung an dem mit starker Verspätung am Samstag durchgeführten Demonstrationen und der anschließend auf dem Marktplatz abgehaltenen Protestkundgebung trotz Einfluges einer Schalmekapelle und auswärtiger Parteifreunde recht gering. Zudem zeigte sich die Einwohnerlichkeit der Veranstaltung gegenüber — man hatte zuvor durch Sprechbühne dafür geworben — ausgesprochen uninteressiert.

Schulungslager für Arbeitsdienst-Führer im Mönchthal.

Ende Januar wurde im Erholungsheim Mönchthal bei Bad Liebenzell ein sechswöchiges Schulungslager für künftige Führer des Freiwilligen Arbeitsdienstes eröffnet. Lagerführer ist Studienassessor Bürker vom Heimatwerk Stuttgart. Die 45 Teilnehmer, die von württembergischen, badischen und hessischen Heimatwerken, Arbeitsämtern und Verbänden vorgeschlagen und vom Bezirksbevollmächtigten für den Freiwilligen Arbeitsdienst Süddeutschland Köln bestimmt wurden, waren bereits praktisch im Arbeitsdienst tätig. Im Schulungslager, das von Ministerialrat Dr. Böf-fler mit einem Vortrag eröffnet wurde, sollen neben der zu leistenden Werkarbeit — Anlegung und Befestigung eines Waldweges — die Teilnehmer in alle Fragen, welche den Freiwilligen Arbeitsdienst betreffen, eingeführt werden.

Martinsmoos, 5. Febr. Was einem in der Zeit der Suche nach dem berüchtigten Einbrecher Daiber passieren kann, davon kann ein Handwerksmann von Ettmannsweiler erzählen. Als er anfangs dieser Woche hierher kam, fiel er einem Landjäger auf. Dieser verlangte einen Ausweis über die

Persönlichkeit des Fremden, der wohl Handwerkszeug, aber keinen Ausweis hatte. Die Antworten befriedigten nicht und so wurde unser Handwerksmann verhaftet und aufs Rathaus genommen, wo er schließlich nach eingehendigem Verhör wieder entlassen wurde.

Nagold, 5. Febr. Die 60jährige Marie Grüninger, Ehefrau des Fleischbeschauers Adolf Grüninger, stürzte beim Holzholen vom Scheunenboden herab. Die Verunglückte wurde noch bei vollem Bewußtsein in das Krankenhaus eingeliefert, erlag jedoch dort ihren schweren inneren Verletzungen.

Birkenfeld, 5. Febr. Die Werkstätte der Gemeinde Birkenfeld im Steinbruch Schönbügel wurde erbrochen und daraus verschiedene Gerätschaften entwendet. Beim Suchen einer fehlenden Säge wurde in nächster Umgebung ein Hafe lebend in einer Schlinge gefunden, ein anderer hatte sich bereits zu Tode gewürgt. Außerdem wurden ungefähr 15 gelegte Schlingen entdeckt.

SGB. Dägingen, Dtl. Bötlingen, 5. Febr. Ein frecher Raubüberfall ereignete sich abends an der Bahnunterführung beim Wiedmaierischen Sägewerk. Als die 26 Jahre alte hier beschäftigte Buchhalterin Gretl Schuppert von Weilberstadt auf den Zug wollte, wurde sie hinter der Bahnunterführung von einem Burschen angefallen der ihr die Handtasche entreißen wollte. Bei der Mausei fiel die Tasche beiseite. Auf die Hilferufe eilte vom Sägewerk ein Mann herbei, worauf der Täter ohne die Tasche die Flucht ergriff. Der Bursche mußte sich auskennen, denn er vermutete richtig, daß das Fräulein den Monatsgehalt bei sich hatte.

SGB. Ludwigsburg, 5. Febr. Wie in verschiedenen Orten der Umgebung, so sind neuerdings auch in Ludwigsburg falsche 50-Pfennig-Stücke aufgetaucht, die aber bei aufmerksamer Betrachtung ganz gut als Fälschate erkennbar sind. Die Fälschstücke tragen die Münzzeichen J 1927 und D 1928 und fühlen sich etwas fettig an. Bei den Geldstücken mit dem erstgenannten Münzzeichen ist die Prägung sehr mangelhaft, während die mit dem Münzzeichen D 1928 besser ausgeführt sind.

Wetter für Dienstag und Mittwoch

Infolge westlicher Luftströmungen ist für Dienstag und Mittwoch immer noch vielfach bedecktes, unbeständiges und ziemlich mildes Wetter zu erwarten.

Turnen und Sport

Fußball-Ergebnisse vom Sonntag

Länderspiel:
Süddeutschland — Zentralungarn 1:12 (!).
In Frankfurt erlitt Süddeutschlands 2. Garnitur eine katastrophale Niederlage. Die Mannschaft fand sich während des ganzen Spiels nicht zusammen.
Um die süddeutsche Meisterschaft:
Phönix Karlsruhe — Stuttgarter Kickers 2:0.
FC. Nürnberg — 1890 München 2:0.
Bayern München — SpV. Waldhof 0:0.
FC. Kaiserslautern — Spielvog. Fürt 0:1.
Phönix Ludwigsb. — FC. Birkenfeld 2:2.
Um den süddeutschen Verbandspokal:
SpV. Feuerbach — Sportklub Stuttgart 3:1.
WFB. Stuttgart — FC. Birkenfeld 10:1.
Sportklub Freiburg — WFB. Karlsruhe 2:2.
Spielvog. Schramberg — FC. Forstheim 2:0.
FC. Mühlburg — Germania Brötzingen 2:2.
A-Klasse Kreis Eng-Nekar:
FC. Calw — FC. Neubulach 9:0.
FC. Stammheim — FC. Liebenzell 1:0.
SpV. Nagold — FC. Altburg 8:3 (1:2).
SpV. Nagold 2. — FC. Altburg 2:0:5.
Turner-Handball
Um den Aufstieg zur Meisterklasse:
TB. Weiler-Rems — TB. Hirsau 4:2.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

L. G. Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 4. Febr.

Obst: Tafeläpfel 14–25; Schütteläpfel 10–18; Tafelbirnen 18–30; Schüttelbirnen 12–18; Walnüsse 25–30; Gemüses: Kartoffeln 25–3; Endiviensalat 5–12; Wirsing (Kohlrut) 6–8; Filderkraut 3–4; Weißkraut, rund 3–4; Rotkraut 5; Blumenkohl 1 St. 20–45; Rosenkohl 10–18; dto. 1 Pfd. 15 bis 20; Grünkohl 10; rote Rüben 5–6; gelbe Rüben 5–6; Karotten, runde, 1 Bund 15–20; Zwiebeln, 1 Pfd. 5½ bis 7; Rettiche 8–8; Monatsrettiche, 1 Bund 10–15; Sellerie, 1 St. 6–18; Schwarzwurzeln 20–30; Spinat 30–35.

Vom Calwer Wochenmarkt

Der Markt war im allgemeinen schwach besetzt und trotzdem blieb auf allen Erzeugnissen ein Ueberstand, da es an Käufern fehlte. Um 10 Uhr hatten viele Produzenten noch gar nichts abgesetzt. Die Körbe mit Obst waren noch voll gefüllt. Einheimisches Obst wurde in sehr schöner Ware angeboten. Aus den Waldorten, namentlich Liebelsberg, war Obst zugeführt, das an Schönheit und Frische nichts zu wünschen übrig ließ. Für sehr schöne Wostoop und Kaiser Wilhelm wurden 25 Pfg. pro Pfund verlangt, geringere Ware war zu 18–23 Pfg. zu haben. Die letzten Obstpreise halten mit den Obstpreisen in Stuttgart gleichen Schritt. In Butte herrschte Ueberangebot, frische Landeier fanden guten Absatz. Die Preise waren gleichbleibend. Für Landbutter wurde 1.10 M. pro Pfund und für Landeier 11 Pfg. oro Stück bezahlt. Gemüse war reichlich vorhanden, auch von den Landorten war Kraut, Rosenkohl und Ackerlat herangebracht worden. Die schöne Auswahl an Gemüse, wie auch die Frische und Güte desselben hätten einen besseren Absatz verdient. Der Kartoffelmarkt war gar nicht beliefert.

Zeppelin kommt!

Ständiges Inserieren bringt Gewinn!

Calwer Wochenmarkt

Bei dem am letzten Samstag stattfindenden Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Weiskraut 10, Rotkraut 10, Wirsing 10, Zwiebel 12, Gelbe Rüben 10, rote Rüben 10, Winterkohl 15, Rosenkohl 20 Pfg. je das Pfund. Schwarzwurzeln 30 der Bund. Endivien 5-8, Lauch 5, Rosenkohl 20, Blumenkohl 50-60 je das Stück. Aepfel 15-25, frische Eier 11, ausl. Eier 9,5-10, Tafelbutter (Teobutter) 1,40, Landbutter (Sauerbutter) 1,20 M. je das Pfund.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrslohn in Zukunft kommen. Die Schriftl.

Eingefandt

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die prägedruckte Verantwortung.

In dem am letzten Freitag vom Cv. Volksbund veranstalteten öffentlichen Vortrag hat der Redner, Herr Arbeiterssekretär A. Springer, u. a. auch den Aufruf der derzeitigen Reichsregierung an das deutsche Volk erwähnt und Teile desselben, die von Christentum und Gott sprechen, als einen „Mißbrauch Gottes“ bezeichnet.

Reichskanzler von Papen war der erste deutsche Reichsminister, der — und dies muß ihm von jedem Vaterlandsfreund hoch angerechnet werden — in seiner öffentlichen Kundgebung durch den Rundfunk seit 1918 zum erstenmal wieder das Wort „Gott“ in den Mund zu nehmen wagte — jawohl, wagte! — und damit seine Verantwortung vor Gott dem Herrn betonte. Ist es, so frage ich, ein Mißbrauch Gottes, wenn auch die neue Reichsregierung, wenn 12 ernste deutsche Männer, 9 evangelische und 3 katholische Christen, bei Uebernahme der fürchterlichen Hinterlassenschaft der letz-

ten vierzehn Jahre mit ihrem unübersehbaren Trümmerfeld und der bolschewistischen Gottlosigkeitverherrlichung sich ihrer Verantwortung vor Gott bewußt sind und dies offen und frei bekennen? Sollte man sich nicht vielmehr darüber freuen und dafür dankbar sein? Da betet man im Gottesdienst für die Regierung, doch nachdem wir nun endlich Männer an der Spitze unseres Volkes haben, die bei Antritt ihrer Regierungsgeschäfte „das Christentum als Untergrund unserer gesamten Moral in ihren festen Schatz zu nehmen“ versprechen und vor aller Welt den allmächtigen Gott bitten, ihre Arbeit in seine Gnade zu nehmen, ihren Willen recht zu gestalten, ihre Einsicht zu segnen und sie mit dem Vertrauen ihres Volkes zu beglücken, wagt man es, ihnen dies als „Mißbrauch Gottes“ anzukreiden! Solch eine unerhörte Haltung bewegt sich, geistlich genommen, auf der gleichen Linie wie die von Jesus mit den Worten geäußerte: „Wehe euch, Schriftgelehrte und Pharisäer, ihr Heuchler, die ihr der Propheten Gräber bauet und schmücket der Gerechten Gräber und sprecht: Wären wir zu unserer Väter Zeiten gewesen, so wollten wir nicht teilhaftig sein mit ihnen an der Propheten Blut!“ (Matth. 23, 29 und 30.) Nein, es ist ein Mißbrauch des eingeräumten Rederedites sowie eine mindestens leichtfertige Unterstellung und Irreführung, das Bekenntnis der Regierungsmänner, sich Gott verantwortlich zu fühlen, als „Mißbrauch Gottes“ zu bezeichnen! Möge solchen „Schriftgelehrten“ nie mehr das Rederecht im Calwer Vereinshaus eingeräumt und damit Vergerniß verhütet werden, womit sich dann auch die von Herrn Springer ausgesprochene Ahnung als richtig erweisen würde, infolge seiner „Ansichten“ nicht mehr hierher geladen zu werden!

Karl Bügel.

Früher Streuen bei Glatteis!

Letzten Samstag früh war wieder einmal Glatteis in Calw. Die Straßen und Wege waren derart vereist, daß viele Fußgänger und Radfahrer zu Fall kamen, denn nirgends war durch Sandstreuen Vorsorge gegen Unfälle getroffen. Ein Arbeiter, der an diesem Morgen selbst schmerzhaft stürzte, hat uns einen diesbezüglichen Klagebrief zugesandt, und wir hoffen, daß die Stadtverwaltung nach Kenntnisnahme, diesem tatsächlichen Uebelstand künftighin ihr Augenmerk zuwenden wird. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„Glauben könnte man wirklich, der Arbeiter ist ein Bürger niedriger Klasse. Der um 7 Uhr früh an seiner Arbeitsstelle sein muß, ist bei Glatteis jeden Schritt in Gefahr zu stürzen oder sich die Knochen zu brechen. Wo heute so viele bei der Stadt arbeiten (gemeint sind offenbar die Fürsorgepflichtarbeiter), kann auch bald gestreut werden. Nicht erst, wenn es Tag ist. Zu verlangen ist, daß bei Glatteis die Hauptstraßen aus der Vorstadt herunter, die Straßen vom Bahnhof herein, auch Lederstraße und Bischoff von der Stadt vor 7 Uhr gestreut sind. Das Streuen ist eine kleine Mühe, aber es ist hier wie oft, daß erst ein Unalück geschieht, bis etwas geschieht.“

Die Forderung des Einsenders ist durchaus billig. Daß die Stadttagelöhner bei Glatteis eine Stunde früher die Streuarbeit verrichten, dürfte wohl keinerlei Anstand begegnen, um so weniger, als es bei dem regen Straßenverkehr in den Morgenstunden wirklich angezeigt erscheint, Unfälle zu verhüten. Sehr wünschenswert wäre es auch, wenn nicht nur in der Innenstadt, sondern auch auf den z. T. recht steilen Hauptzugangswegen zu den Außenbezirken frühzeitiger gestreut würde.

Die Schriftleitung.

Der Vortrag

von **Professor Dr. Muckermann** findet nicht Mittwochs sondern **schon Dienstag** statt
Vorverkauf: Buchhandlung Häußler.

Gebe vom 28. Januar bis 11. Februar auf sämtliche Waren

10% Rabatt

Luise Entenmann, Wwe., Calw

Rüsten, 1- und 2-türig, 1 Kommode, Küchentische und Hocker, eichene Schmel, Blumenkrippen, Stelzen, Balladenständer verkauft Schreinermeister Schwaible

Ihre Möbel lächeln geputzt mit Dr. Erle's Möbelpolitur „Wunderschön“ Flasche 1.- Ritter-Drogerie Carl Bernsdorff.

Schönes Stroh, Gerste u. Weizen, sowie Mähl-Weizen hat abzugeben Gut Mauren O.L. Böblingen.

Empfehle mein von nur besten Rohmaterialien hergestelltes **Graham-Brot** Oskar Pirommes Bäckermeister Anteres Ledereck Tel. 317

Brennessel- und Birkenhaarwasser für Haare und Haarboden Flasche Mk. 1.35 bei K. Otto Vinçon, Calw

Gesucht wird für sofort oder später kleinere 2-3-Zimmer-Wohnung mit Küche in freundlicher Lage. — Angebote unter N. Sch. 30 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Arterienverkalkung Magen-, Herzleiden, Blasen-, Nieren- u. Leberbeschwerden, Darmstörungen, sowie Rheumatismus, Gicht, Vorgebeugt, größte Erfolge durch den **garantiert echten „Nerus“** (ges. gesch.) **Knoblauchsaf** Bei Asthma, Atemnot, Zucker: „Nerus“-Meerrettichsaft Große Packung 2.75. Ritter-Drogerie, Bahnhofsstraße 19.

Während der **WEISSEN WOCHE** 10% auf alle weißen Waren

Mäntel

Hochwertige Ware in modernen Stoffen und Pelzbesätzen, äußerst günstige Gelegenheit zu Nachsaison-Preisen, in Serien eingeteilt

Mk. **24⁰⁰ 35⁰⁰ 46⁰⁰**

Lodenmäntel Mk. **16.00, 19.75, 25.00, 34.00**, neu eingetroffen.

Metzgerstr. **C. BERNER** Blumenstr.

Kleider

in Wolle u. Seide, aparte Schnitte neuer oder ichtung, in modernen Stoffen, für Beruf, Nachmittag und Abend, zu erstaunlich billigen Preisen

Mk. **14⁰⁰ 19⁰⁰ 25⁰⁰**

Ganz im Zeichen der Epoche stehen meine

Weisse Wochen

Neben hochwertigen und besten Qualitäten finden Sie auch diese ganz besonders billigen Waren:

Frottier-Handtuch hellgründig kar., 40/90, geblumt, 45/100 29	Damen-Hemd gute Qualität mit Hohlsaum 48	Gerstenkorn-Handtuch weiß, Halb., 48/100, gute württg. Qualität, gesäumt und gebändert 49
Halbleinen gute württg. Qualität, 82 cm, la. Zwirn-Qualität, Hausm., 82 cm 69	Haus-tuch für Betttücher, Hausmarke, 150 cm 69	Macco-Damast gestreift, merc. 130 cm, Blumenmuster 1.05 94
Tisch-tuch Halbleinen 110/125 98	Herren-Nachthemd Croisé 2.75	Herren-Taschentücher Halbleinen, 6 Stück, gewaschen, mit handgestickten Buchstaben 2.95

Während der Weissen Wochen kommen große Posten erstklassiger Bett- und Tischwäsche in Reinleinen und Halbleinen welt unter Preis zum Verkauf. — Auf Stepp-, Daunen-, Kamelhaar-, Woll- und Baumwoll-Schlafdecken sowie Bettfedern, Matratzen und Bettstellen weitgehendste Preisermäßigung.

Auf alle regulären Waren **10% Rabatt** Ausgenommen Marken- und Netto-Artikel. Fensterpreise sind netto.

Bevor Sie Ihren Einkauf decken besichtigen Sie meine Schaufenster **Sigmann** Pforzheim, nur Leopoldstraße

Jetzt ist es Zeit

mit der Anzeigenwerbung einzusehen. Ueberall sind Anzeigen vorhanden, die auf eine Belebung des Geschäftsvorlebes hinweisen.

4-Zimmer-Wohnung

mit Glasabschluß, zu vermieten. Stanger, Altbürgerstr. 11

Lederfett Lederöl

in gelb und schwarz empfiehlt **R. Hauber**

Bad Liebenzell, den 4. Februar 1933.



Herzlichen Dank

sagen wir für alle Liebe und Aufmerksamkeit, die unsrem lieben Entschlafenen

Friedrich Schroth Wagnermeister

während seiner Krankheit und durch die Begleitung zur letzten Ruhestätte so vielseitig bewiesen wurde, sowie für die zahlreichen Blumenpenden. Weiterer Dank gebührt dem Herrn Stadtpfarrer Schilling für seine erhebenden Worte, dem Lieberkranz Liebenzell, sowie der Bezirks-Wagner-Vereinigung für die besondere Ehrung bei der Beisetzung.

Für die trauernden Hinterbliebenen: **Otto Schroth.**

Weit über 150 000

Bruchleidende tragen das seit mehr als 20 Jahren erprobte **Spranzband** ges. gesch.

kein Gummiband, ohne Feder, ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig. Glänzende Zeugnisse, auch Heilerfolge.

Sehen Sie sich bitte mein neuestes, wesentlich verbessertes Modell D.R.P. 542 187 an. Mein Vertreter ist mit Mustern kostenlos zu sprechen

in Calw am 8. Februar von 8-10 Uhr im Hotel Adler.

Der Erfinder und alleinige Hersteller:

Hermann Spranz, Unterkochen/Württg.

Dankschreiben: Durch Tragen ihres Spranzbandes bin ich von meinem Bruchleiden geheilt worden. Ich brauche kein Band mehr. Allen Bruchleidenden möchte ich es nur bestens empfehlen.

Leonhard Kircher, Landwirt, Starkholzbach OA. Hall.

Leistungsfähiges Stuttgarter **Möbel- u. Kunstgewerbehaus** sucht vertrauenswürdige **Mitarbeiter** für den dortigen Bezirk.

Es wollen sich nur Damen und Herren von bestem Ruf und solche, die gute Beziehungen zu der ortsanfälligen Bevölkerung haben, schriftlich unt. Chiffre S. D. 705 an Ann.-Exp. Max Kläiber, Stuttgart 5, Hauptstätterstr. 18 wenden.